



NEIN zur Steuerfusserhöhung

Ja zu Transparenz, Kostenkontrolle
und nachhaltiger Finanzführung

Am 8. März entscheiden wir nicht nur
über 60 % oder 70 %.

Wir entscheiden über die finanzielle
Richtung unserer Gemeinde bis 2030 –
und darüber hinaus.

**Überparteiliches
Referendums-Komitee
Meisterschwanden & Tennwil**

referendum5616.ch

Warum stimmen wir überhaupt ab?

An der Gemeindeversammlung vom 13.11.2025 wurde der Steuerfuss im Rahmen des Budget-Traktandums von 60 % auf 70 % erhöht.

Diese **Erhöhung war nicht als Traktandum angekündigt**.

Für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ändert dies die Ausgangslage entscheidend:

- Der Steuerfuss war vor wenigen Jahren **bewusst auf 60% gesenkt worden**.
- **2024 wurde eine Steuerfusserhöhung von der Bevölkerung abgelehnt**.
- Ohne separate Traktandierung bestand für viele kein Anlass, eine erneute Erhöhung zu erwarten oder gezielt an der Versammlung teilzunehmen.
- Das Referendum wurde erfolgreich ergriffen, damit **nun die gesamte Bevölkerung** über diese grundlegende Richtungsentscheidung abstimmen kann.

Unsere Haltung - klar und konstruktiv

Wir sind **nicht gegen Investitionen**.

Wir sind **nicht grundsätzlich gegen Steueranpassungen**.

Wir sind für:

- Transparenz
- Kostenkontrolle
- nachhaltige Finanzführung
- strukturierte Planung
- schrittweises Vorgehen
- offene Diskussion von Alternativen

Ein Nein bedeutet nicht Blockade, sondern: erst verstehen – dann entscheiden.

Überblick aktuelle Finanzkennzahlen der Gemeinde

Die Diskussion ist von Sorgen, Unsicherheit und der Annahme geprägt, es bestehe akuter Handlungsdruck. Ein Blick auf die Finanzkennzahlen zeigt ein deutlich differenzierteres Bild.

- Die Steuererträge bleiben auch bei einem Steuerfuss von 60 % stabil. Es besteht kein strukturelles Einnahmenproblem.
- 2025 verfügt die Gemeinde über ein Nettovermögen von über 5,5 Millionen Franken.
- Das zentrale Problem sind nicht zu geringe Einnahmen, sondern die stark steigenden Ausgaben. Trotz geplanter Steuererhöhungen resultiert bis 2029 eine Nettoschuld von über 20 Millionen Franken.
- Bereits für 2029 ist ein Steuerfuss von 80 % vorgesehen – ein Drittel höher als heute.

70% sind substantiell und erst der Anfang

Eine Erhöhung um **10 Prozentpunkte** ist gemeindehistorisch und im schweizweiten Vergleich **ein sehr grosser Schritt**.

Sie ist nicht moderat, sondern:

- eine abrupte Mehrbelastung für Haushalte und Unternehmen
- ein klarer Bruch mit der bisherigen Steuerstrategie
- ein starkes Signal an bestehende und potenzielle Steuerzahler

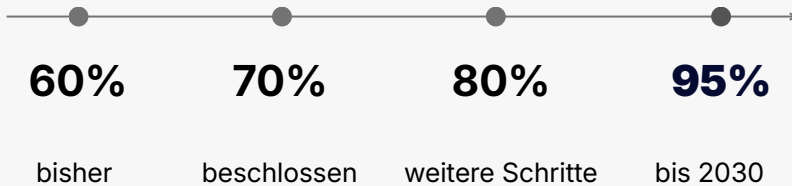
Entscheidend ist jedoch: An der Gemeindeversammlung wurde eine **Finanzplanung bis 2030 gezeigt**, die einen **Steuerfuss von bis zu 95%** vorsieht.

Das bedeutet: **+35 Prozentpunkte innert 3-4 Jahren**.

Diese Perspektive verändert die Bewertung der aktuell zur Diskussion stehenden 70 % grundlegend.

Finanzplanung 2030

Finanzplanung der Gemeinde
plant Entwicklung bis 95%



+35 Prozenpunkte
in wenigen Jahren

- Steuerfuss wurde bewusst auf 60 % gesenkt
- Bereits heute ist eine Erhöhung auf 80 % geplant
- Bis 2030 zeigt die Planung 95 %

Risikoanalyse: Steuerfussspirale statt Stabilität

Ohne sorgfältige Planung entstehen reale Risiken:

- Abwanderung einkommensstarker Steuerzahler
- sinkende Steuerbasis bei gleichzeitig steigenden Kosten
- erneute Defizite trotz höherem Steuerfuss
- weiterer Erhöhungsdruck

Je nach Abwanderungs- und Demografieentwicklung kann dies dazu führen, dass Steuerfüsse von 100–120 % nötig würden, um die gleiche Einnahmenbasis zu halten.

Diese Szenarien sind keine Behauptungen, sondern Risiken, die bei Steuerfüssen von 80–95 % zwingend geprüft werden müssen.

Genau diese Prüfung fordern wir.

Klartext zum Budget 2026

Das Budget 2026 zeigt:

- ein **weiterhin negatives operatives Ergebnis**
- **steigende Nettoverschuldung pro Einwohner**
- einen **sehr tiefen Selbstfinanzierungsgrad bei hohen Investitionen**

Klar festzuhalten ist: 70 % lösen die strukturellen Probleme weder kurz-, mittel- noch langfristig.

Ohne Struktur- und Kostenreformen bleibt der Erhöhungsdruck bestehen.



Ein Kreislauf, der ohne strukturelle Reformen immer höhere Steuerfüsse erzeugt

Grossprojekte im Kontext

Grossinvestitionen sind nicht isolierte Entscheide, sie beeinflussen direkt die künftige Steuerbelastung der Bevölkerung.

Aus den Unterlagen lässt sich ableiten, dass das gesamte Steuersubstrat bei etwas über CHF 12 Mio pro Jahr liegt.

Ein einzelnes Projekt von CHF 25 Mio. entspricht damit **mehr als zwei vollen Jahressteuererträgen bei aktuellem Steuerfuss** – noch ohne Zins-, Betriebs- und Folgekosten.

Solche Investitionen stellen damit einen wesentlichen Treiber der zukünftigen Steuerfussentwicklung dar.

Gerade bei einer Finanzplanung mit vorgesehenen Steuerfüssen von bis zu 95 % ist es deshalb unerlässlich:

- Projekte i.Z. mit der Gesamtsteuerstrategie zu betrachten
- Prüfung Varianten, Etappierungen, Redimensionierungen
- Szenarien zur langfristigen Steuerbelastung transparent darzustellen

Nur so können Investitionsentscheide verantwortungsvoll und nachvollziehbar getroffen werden.

Grossprojekt

Schulstandort Eggen

Im Kontext der Finanzplanung müssen diese integraler Diskussionspunkt sein.

Im Raum steht ein Ersatzneubau für den Schulstandort Eggen in der Grössenordnung von rund CHF 25 Mio. Dies entspricht **rund CHF 120'000** Investitionskosten **pro Schulkind** aktuell (bei ca. 210 Schülerinnen).

Vergleich zur Einordnung

CHF 25 Mio. entsprechen – bei heutigen Baukosten – **ungefähr dem Neubau von 50 bis 100 Mietwohnungen** (2.5- bis 3.5-Zimmer).

Gerade für eine überalternde Gemeinde stellt sich daher zwingend die Frage:

- Wurden Alternativen mit geringerem Budget, Sanierungs- und Etappierungsvarianten seriös geprüft?
- Gibt es unabhängige Zweitmeinungen?
- Wurden Lebenszykluskosten transparent verglichen?

Fact-Check

Turnhalle und Budget

Aktuell ist davon auszugehen, dass **noch mehrere Jahre** bis zum Baubeginn eines Ersatzneubaus vergehen werden.

Eine **konkrete Übergangssanierung** für das Turnhallendach bis zum Baubeginn ist jedoch **nicht im Budget ausgewiesen**.

Bis dahin **braucht es zwingend eine klare Strategie** für:

- den **regulären Unterhalt**
- notwendige **Übergangsmassnahmen**
- Sicherstellung eines **sicheren Schul- & Sportbetriebs**

Schäden durch Dritte, beispielsweise durch Bauarbeiten, sind Haftungsfälle **unabhängig vom Budgetprozess**.

Ebenso sind **Notreparaturen** jederzeit umzusetzen **ohne Zusammenhang mit Abstimmung oder Steuerfuss**.

Die Abstimmung betrifft nicht die Behebung von Schäden, sondern eine grundsätzlich finanzpolitische Weichenstellung.

Erst Struktur und Planung, dann Steuer

Vor einer dauerhaften Erhöhung braucht es:

- **Organisations- und Prozessreview** der Verwaltung
- **Prüfung der Auslagerung** von Teilaufgaben (Effizienz, Kooperationen)
- **Priorisierung** und Etappierung von **Investitionen**
- **Variantenvergleiche** mit Total Cost of Ownership
- **messbare Einsparziele**
- **transparente Berichterstattung** (Finanz-Cockpit)

Ohne diese Grundlagen wird jede Steuererhöhung zur Dauerlösung.

Offene Fragen zur Finanzplanung und Rolle der Finanzkommission 1/3

Gerade im Zusammenhang mit grossen Investitionen stellen sich aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger zentrale Fragen zur Priorisierung und finanziellen Planung.

Beim Projekt Schulstandort Eggen wurden bereits rund CHF 2 Mio. für Analysen und Projektierungskredite bewilligt.

Erfahrungsgemäss entsprechen Projektierungs- und Planungskosten nur einem kleinen Anteil der Gesamtkosten.

Wenn bereits mehrere Millionen in die Planung fliessen, deutet dies in der Regel auf ein Gesamtvolumen im zweistelligen Millionenbereich hin.

Damit waren die finanziellen Dimensionen frühzeitig absehbar.

Offene Fragen zur Finanzplanung und Rolle der Finanzkommission 2/3

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage:

- Warum wurde keine grundlegende Reevaluation oder Redimensionierung des Projekts vorgeschlagen?
- Warum wurde keine Sanierungs- oder Etappierungsvariante vertieft geprüft?
- Warum wurde im Zusammenhang mit diesem Projekt nicht transparent aufgezeigt, ob und welche Steuerfusserhöhungen dafür notwendig würden?
- Warum wurde kein klares Budget- oder Kostendach definiert, um die Steuerbelastung zu begrenzen?

Stattdessen wurde eine allgemeine Steuerfusserhöhung beantragt.

Offene Fragen zur Finanzplanung und Rolle der Finanzkommission 3/3

Aus Sicht des Referendumskomitees wäre es sachgerechter gewesen, zuerst:

- Varianten zu vergleichen
- Einsparpotenziale zu prüfen
- Projekte zu priorisieren
- und die finanziellen Auswirkungen offen darzulegen

Erst auf dieser Grundlage kann die Bevölkerung verantwortungsvoll über Steuererhöhungen entscheiden.

Diese Fragen richten sich nicht gegen einzelne Personen, sondern betreffen den Prozess und die Transparenz der Finanzplanung insgesamt.

Sachliche Analyse der Aussagen der Finanzkommission

Aussage FiKo: **Die Gemeinde hat ein Einnahmenproblem**

Sachliche Analyse

Die Steuererträge bleiben auch bei 60 % stabil. 2025 verfügt die Gemeinde über ein Nettovermögen von über 5,5 Mio. Franken. Ein strukturelles Einnahmenproblem ist nicht ersichtlich.

Aussage FiKo: **Steuerfusserhöhung stabilisiert den Haushalt**

Sachliche Analyse

Trotz geplanter Steuererhöhungen resultiert laut Finanzplanung bis 2029 eine Nettoschuld von über 20 Mio. Franken. Höhere Steuern allein lösen die strukturellen Probleme nicht.

Sachliche Analyse der Aussagen der FiKo 2/3

Aussage FiKo: **Ein rascher Entscheid ist nötig**

Sachliche Analyse

Eine nachhaltige Finanzplanung erfordert Szenarien, Varianten und Sparziele. Diese wurden der Bevölkerung bisher nicht transparent vorgelegt.

Aussage FiKo: **Es geht nur um eine Erhöhung auf 70%**

Sachliche Analyse

Die Finanzplanung zeigt bereits heute eine Entwicklung bis 80% und perspektivisch bis 95%. Es geht um die langfristige Steuerstrategie, nicht nur um 10 Prozentpunkte.

Sachliche Analyse der Aussagen der FiKo 3/3

Aussage FiKo: **Investitionen sind alternativlos**

Sachliche Analyse

Beim Schulstandort Eggen steht ein Ersatzneubau von rund 25 Mio. Franken im Raum. Sanierungs- oder Etappierungsvarianten wurden bisher nicht unabhängig geprüft oder mit klaren Budgetlimiten hinterlegt.

Aussage FiKo: **Kostenanstieg ist extern bedingt**

Sachliche Analyse

Das Budget zeigt vor allem steigende Ausgaben. Ohne Priorisierung, Effizienzprüfung und mögliche Auslagerungen bleibt der strukturelle Kostendruck bestehen.

Fazit: Die Argumentation erklärt den Status quo und **zeigt keinen nachhaltigen Weg auf.**

Was passiert bei einem Nein? Antworten auf häufig gestellte Fragen

Werden Pflichtaufgaben bei einem Nein gefährdet?

Nein. Gesetzlich notwendige Ausgaben bleiben gesichert.

Bestimmt bei einem Nein der Kanton den Steuerfuss?

Nein.

Kommt es bei einem Nein zu einem Stillstand?

Nein. Das Budget wird überarbeitet und neu beschlossen.

Sind wir gegen Schule oder Infrastruktur?

Nein. Wir sind für die beste Lösung und eine transparente Planung.

Ist bei einem Nein jede Steuererhöhung ausgeschlossen?

Nein. Aber sie soll begründet, schrittweise und messbar erfolgen.

Die Kernfrage dieser Abstimmung vom 8. März

Wollen wir sofort erhöhen – mit Perspektive auf 80–95 % (oder mehr) - oder wollen wir zuerst Transparenz, Strukturreformen, Szenarien und Planung?

Darum empfehlen wir:

Nein zur aktuellen Steuerfusserhöhung am 8. März 2026.

Ein Nein bedeutet:

- Zeit für **Transparenz**
- Zeit für **Kostenkontrolle**
- Zeit für **nachhaltige Finanzführung**

**Nicht gegen die Gemeinde – im Gegenteil:
Für eine tragfähige Zukunft.**

NEIN am 8. März zur Steuerfusserhöhung

Warum eine vorschnelle Steuererhöhung nicht überzeugt

5.5 Mio. Nettovermögen

Steuererträge auch bei 60% stabil

Kein strukturelles Einnahmeproblem

Finanzplanung zeigt Steuerfuss bis 95%

Spar- und Alternativszenarien fehlen

Strukturprobleme bleiben trotz Erhöhung

Beschluss fiel ohne separate Volksabstimmung

Abstimmung am 8. März
Ihre Stimme zählt